

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig.
Raben & Komp., Nr. 20815.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl. Schriftf. Hr. Krawitz, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Brungersche monatlich 4,50 M., durch die Post bezogen: vierteljährlich 12,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5,75 M. Einzelnummer 25 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10, Tel. 26 261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Tel. 26 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Komparatzeile 1,80 M., Familienanzeigen 1,20 M., die 8-spaltige Komparatzeile 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Kurzigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgelassenen Tagen. Für Briefüberlegung 20 Pf.

Nr. 100

Dresden, Montag den 3. Mai 1920

31. Jahrg.



Sächsische Probleme

Nachdem der Landesparlament und die darauf folgenden Debatten verlaufen sind, möchten wir hiermit zu den wichtigsten Problemen der sächsischen Politik zusammenfassend unsere Redaktionsmeinung vorlegen.

Die Landesparlamentarier in Meissen hat unsere Forderungslinien mit auf den Weg gegeben. Die Landesparlamentarier hat sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Koalition mit den Demokraten beibehalten werden soll. Jeder Sozialist muß zwar wünschen, daß in einem Lande mit sozialistischer Mehrheit auch eine rein sozialistische Regierung aufstehe. Aber zunächst ist ja die Bildung einer solchen Regierung überhaupt nicht möglich, weil die Unabhängigen vor den Wahlen in das Kabinett gar nicht eintreten wollen und außerdem ist es leider sehr zweifelhaft, ob es Vertretern unserer Partei überhaupt möglich wäre, auf die Dauer gemeinsam mit den Unabhängigen in einer Regierung zu arbeiten. Wir haben bei einem Teil der unabhängigen Führer begründete Anzeichen von Mäßigung und Besonnenheit beobachtet können. Aber gleichzeitig müssen wir sehen, daß bei der U. S. V. eine Radikalisierung vor sich geht und die Führer der U. S. V. von einem Teil ihrer Anhänger auf das schärfste bekämpft werden.

Es läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen, wohin die Werke bei der U. S. V. geht. Ja, wir wissen nicht einmal, was von der U. S. V. übrigbleiben wird, ob sie nicht den größten Teil ihrer Anhänger an die Kommunisten verliert. Wenn wir heute ein Kabinett mit den Unabhängigen zusammen bilden, bedeutet das, daß wir den Demokraten die sich während des Tages des Rapp-Bußches vollkommen einwandfrei verhalten haben, einen Fußtritt geben. Bei den unsicheren Verhältnissen im Lager der U. S. V. muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß unabhängige Minister unter dem Druck ihrer Anhänger recht bald unerwartbare Forderungen stellen, oder wenn sie einen besonnenen Kurs einschlagen, von ihrer Partei kaltgestellt werden. Ginge aber dann die sozialistische Regierung in die Brüche, so ständen wir zunächst allein auf weiter Flur und wären in der unangenehmen Lage, die Demokraten bitten zu müssen, wieder in die Regierung einzutreten. Unter diesen Umständen wäre die Bildung einer rein sozialistischen Regierung ein gewagtes Experiment, das für unsere Partei sehr unangenehm auslaufen könnte. Wir können nur die Hoffnung ausdrücken, daß die Entwicklung bei der U. S. V. recht bald die Vorbedingungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten beider Parteien schaffen möge.

In der Leipziger Volkszeitung wird nun behauptet, daß durch die Neubildung des Ministeriums an den Verhältnissen in Sachsen gar nichts geändert würde. Es bliebe alles beim Alten. Es ist richtig, daß auch der Genosse Bud in den politischen Grundfragen im wesentlichen auf dem gleichen Standpunkt steht wie die aus der Regierung ausscheidenden Genossen. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß es der neuen Regierung nicht gelingen wird, die Wünsche unserer Genossen besser zu befriedigen als der bisherigen. Was wurde denn überhaupt der Regierung Gradnauer in den Streifen unserer Parteigenossen vorgeworfen? Es wurde betont, daß es die Regierung in vielen Fällen an der nötigen Entschlußfähigkeit und Entschiedenheit hätte fehlen lassen.

Es ist von den Genossen Gradnauer und Ullrich in Meissen mit einem gewissen Recht auf die ungeheuren Schwereigkeiten hingewiesen worden, von denen sie gequält wurden. Niemand wird bestreiten, daß tatsächlich die Schwierigkeiten sehr groß sind, aber es ist die Frage, ob nicht gerade die Schwere der Zeit ein ganz besonderes Maß von Entschiedenheit fordert. Selbstverständlich wird es jetzt einer Regierung nicht möglich sein, alle Wünsche der Parteigenossen voll zu erfüllen.

Wir finden auch überzeugt, daß es gar nicht so schwer hält, unsere Parteigenossen davon zu überzeugen, daß viele ihrer an sich berechtigten Wünsche unter den heutigen Umständen nicht erfüllt werden können. Aber zweifellos sind unter der bisherigen Regierung Fehler gemacht worden, die hätten vermieden werden können. So hat sich bei der neugegründeten Landesicherheitspolizei die Regierung nicht den notwendigen Einfluß auf die Auswahl der Offiziere und Mannschaften verschafft. Ueber die Einstellung der Offiziere entscheidet, wie uns berichtet wird, eine Kommission von Reichswehr-offizieren. Die Regierung hätte alles tun müssen, um aus der Landespolizei eine zuverlässige republikanische republikanische Truppe zu machen. Wenn schon bei der Reichswehr vielfach republikanische Offiziere geachtet wurden, so hätte dafür Sorge werden müssen, daß für solche Männer in der im Freistaat Sachsen errichteten Volkspolizei Platz war. In Weidenburg hat man die Leitung der Landespolizei einem zuverlässigen demokratischen Offizier, dem Obersten Lange übergeben. Warum konnte man in Sachsen nicht ähnliches tun? Auch die bei der Sicherheitspolizei eingesetzten Zivilkommissare sind trotz vielfacher Mahnungen unserer Landtagsfraktion nicht mit den nötigen Nachbefugnissen ausgestattet worden.

Man hat überhaupt den Eindruck, daß der Einfluß unserer Minister auf die Verwaltung nicht so stark gewesen ist, wie wir es wünschen müssen. Damit kommen wir zu einer Frage die sicher für unsere Partei sehr schwer zu lösen ist, das Beamtenproblem. In früheren Zeiten war die Sozialdemokratie von den Beamtenwahlen ausgeschlossen. Und abgesehen von den Ministerposten sind auch heute noch fast alle höheren Stellen der Verwaltung von Angehörigen der früher herrschenden Parteien besetzt. Die Frage der sogenannten Demokratisierung der Verwaltung hat auch in

Blutiger Maianfang

Blutige Zusammenstöße in Oberschlesien

Dresden, 3. Mai. In schweren und blutigen Zusammenstößen ist es in Ostoberschlesien, wo die Groß-Polen unter Führung des berühmtesten Agitatoren Boguslawski, entgegen ihrem Versprechen gegenüber der dortigen Entente-Kommission, die wegen der gespannten Lage keine Genehmigung zum Umzug erteilt hatte, in Scharen von einigen tausend Mann, unter denen sich viele Haller-Soldaten befanden, mit polnischen Bahnen und Abzügen durch die Stadt gezogen. Die deutsche Bevölkerung, die sich während der Maifeier streng an das Fahnenverbot gehalten hatte, forderte daselbst von den Polen, die dies ablehnten. Es kam zu heftigen Krawallen, bei denen es auf beiden Seiten eine große Anzahl Schwerverletzter gab. Insbesondere wurden mehrere Beamte der Sicherheitspolizei, gegen die von den Polen täglich in der schlimmsten Form gehetzt wurde, so mißhandelt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Die polnische Besatzung greift erst spät ein und trennte die Kämpfenden. Die Polen zogen dann vor den Sitz der Entente-Kommission, wo sie eine Kundgebung veranstalten wollten, aber gezwungen wurden, die Fahnen und Abzügen abzugeben.

Krawalle in Opatowitz

Opatowitz, 3. Mai. In Opatowitz wurden die von den Polen aus der Umgebung herbeigekommenen Truppen der polnischen Landwehr fast sämtlich vor der Stadt aufgelöst, nur einer gelangte bis zum Getreidemarkt, wo er mit der deutschen Bevölkerung ins Handgemenge geriet. Es fielen Schüsse und es gab mehrere Verletzte. Die Menge stürzte dann zum polnischen Konsulat, rief die Wappenschilder ab und warf sie in die Luft. Französische Kanoniere richteten darauf das Gebäude und sperrte die Umgebung durch Maschinengewehrpatrouillen und ein Panzerautomobil ab. Der Gemeindevorstand des Abkommens-freies Kommando hat in einer Eingabe an die preussische Regierung die Wiedereinführung des wegen seines Verhaltens in den Rapp-Tagen abberufenen Landrates Dr. Sauer gefordert.

Verhandlungen

Dresden, 3. Mai. Zwischen den deutschen Parteimitgliedern und dem französischen Major Gerbas fand in Hindenburg eine längere Besprechung statt, in der auf die Verwirklichung der Dokumente, das Vorhandensein der Waffenlager und die übrigen polnischen Vorbereitungen hingewiesen wurde. Da man vielfach der Ansicht sei, daß ein Einverständnis zwischen der internationalen Besatzung und polnischen Beamten bestünde, habe man um unabweisbare Stellungnahme. Auf die Frage des französischen Majors, ob eine Verstärkung der Entente-Truppen erwünscht wäre, hat man, die Sicherheit der polnischen Truppen in vollem Umfang mit ihren Waffen zu versehen. Die Weitergabe dieses Antrags nach Opatowitz wurde versprochen. Weiterhin wurde die Frage der Erziehung der Reichswehr "Brennen" durch den Ausdrud "Territor de Weibitz" auf Waffenbesitzern sowie die Richterfrage und die Waffeneinführung von Bestimmungsgesetzstellen gestreift. In letzteren erblickt man unerlaubte Verstöße gegen § 8 der Anlage zu Art. 88 des Friedensvertrages.

Meissen eine große Rolle gespielt. Nun liegt es der Sozialdemokratie vollkommen fern, die Bestimmungsgesetzstellen wieder einzuführen, die in früheren Zeiten üblich war. Wir wollen nicht, so wie es der alte Staat getan hat, politische Gegner von Beamtenstellen ausschließen. Wir erkennen auch nicht, daß die Sozialdemokratie gar nicht die Möglichkeit hätte, alle höheren Beamtenstellen mit Leuten ihrer Partei zu besetzen. Zur Bekämpfung der höheren Beamten gehören Männer mit großen juristischen und volkswirtschaftlichen Kenntnissen. Und derartige Persönlichkeiten sind in unserer Partei kaum vorhanden, besonders nicht in Sachsen, wo unsere Partei vielleicht mehr noch als anderwärts auch in ihrer Zusammensetzung eine reine Arbeiterpartei war. Auch könnten Anhänger unserer Partei, die wir in leitende Stellen setzen, nicht über das Maß von Erfahrung verfügen, das den jetzigen Beamten zur Seite steht.

Andererseits aber ist es auf die Dauer eine Unmöglichkeit, daß sozialistische Minister ihre Aufgabe erfüllen können, wenn sie nicht ein gewisses Maß von Unterstützung durch ihnen beigeordnete Berater haben, die auf ihrem Standpunkt stehen. Auch in einem so kleinen Staat wie Sachsen kann ein Minister nicht ohne weiteres sein ganzes Gebiet selbst übersehen. Er wird in vielen Fällen darauf angewiesen sein, den Rat der ihm unterstellten höheren Beamten zu folgen. Besonders dort, wo es sich um die Vorbereitung neuer Gesetze oder um den Erlass allgemeiner Verordnungen und Vorschriften für das Verhalten der Behörden handelt, kommt es nicht bloß darauf an, daß der Beamte, der die nötigen Vorarbeiten macht, über ein gewisses Maß von Kenntnissen und Verwaltungserfahrung verfügt, sondern eben auch auf die Bestimmung. Man kann zum Beispiel von einem konservativen Beamten nicht erwarten und nicht verlangen, daß er ein Gesetz ausarbeitet, das von sozialistischem Geist erfüllt ist. Es wird zum Beispiel jetzt, wenn wir recht berichtet sind, im Ministerium des Innern eine Teilschrift über die Verwaltungsreform von einem Herrn bearbeitet, der durchaus auf konservativem Boden steht. Wird jemand glauben, daß eine konservative Regierung, die eine demokratische Verwaltung in ihrem Sinne umgestalten wollte, die Lösung dieser Aufgabe einem sozialdemokratischen Beamten übertragen würde? Ein Beispiel dafür, daß unser Verwaltungsapparat bei der Vorbereitung der Gesetze nicht so arbeitet, wie das zu wünschen ist, ist das Bodenvertragesgesetz, das augenblicklich in der Volkskammer beraten wird. Es hat einmal viel zu lange gedauert, bis dieses Gesetz an die Kammer kam und außerdem

Zusammenstöße in Paris

Paris, 2. Mai. Knüchlich der Maifeier kam es in Paris bei Kundgebungen zu Zusammenstößen mit der Polizei. Viele Personen und etwa 20 Vollgassen wurden verwundet. Etwa 50 Personen wurden verhaftet. Zwei Personen sollen getötet sein.

Die Polizeipräfektur teilt mit, daß bei den gestrigen Kundgebungen 102 Polizeibeamte verwundet und 103 Personen verhaftet worden seien. Nach dem von Gott sollen gestern vier Personen getötet worden sein. Gegen die Abgeordneten Bismarck und Galliani-Couratier sei eine Strafverfolgung wegen Mißhandlung gegen die benannte Nacht eingeleitet worden.

Maifeier in England

London, 2. Mai. Aus Anlaß des 1. Mai waren Tausende von Fabriken und Werkstätten geschlossen. In allen Hauptorten wurden Kundgebungen veranstaltet. Bei einer großen Versammlung im Hyde-Park wurden Reden in englischer, russischer, polnischer und französischer Sprache gehalten und ein Beschlußantrag angenommen, der soziale Reformen und Frieden mit Rußland fordernd.

Demonstrationen in der Schweiz

Bern, 2. Mai. Gestern fanden in der Schweiz politische Arbeiterumzüge und Versammlungen statt; sie verliefen ohne Zwischenfälle. Viele Betriebe waren geschlossen.

Polens ukrainische Offensive

Stockholm, 3. Mai. In dem polnischen Vormarsch in der Ukraine schreibt die Prawda: Die polnischen Imperialisten meigern sich hartnäckig, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die polnischen Truppen haben einen Angriff auf der ganzen Front mit bedeutenden Kräften begonnen. Die polnische Regierung ist ein Bündnis mit Petljura gegen Rußland und die Ukraine eingegangen, um sich der Provinzen Wolhynien, Podolien und Kiew zu bemächtigen. Der polnische Vorstoß muß schon in den Anfängen gebrochen werden, andernfalls werden große Gebiete von Sowjetrußland von neuem der Herrschaft der polnischen Weisgardisten ausgeliefert.

Der militärische Mitarbeiter desselben Blattes schreibt: Auf der Südwestfront haben die Polen einen Vormarsch auf einer Front von 300 Werst vor Borissk bis zum Dnjestr begonnen. Der Plan geht dahin, sie auf die andre Seite des Dnjestr zu werfen.

müßten die von einer sozialistischen Regierung eingebrachten Gelegenheiten von vornherein so beschaffen sein, daß von unserer Fraktion so wesentliche Änderungen nicht mehr verlangt zu werden brauchen, wie jetzt bei diesem Gesetz.

Genau eine völlig betriebende Lösung des Beamtenproblems wird für uns in absehbarer Zeit nicht möglich sein, aber die Erfahrungen während der Regierung Gradnauer-Ullrich zeigen, daß eine Verstärkung unseres Einflusses in den Ministerien unbedingt notwendig ist.

Ob es auch notwendig und zweckmäßig ist, eine größere Zahl von Amts- und Freibeamtstellen mit Angehörigen unserer Partei zu besetzen, was, dahingestellt bleiben. In Preußen hat man die alten Landräte vielfach durch Angehörige der Regierungsparteien und zum Teil auch durch Parteigenossen ersetzt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in der sächsischen Beamtenschaft das Junkertum nicht entfernt eine so große Rolle spielt wie in Preußen und deshalb ein Zusammenarbeiten mit den bisherigen Beamten in Sachsen leichter möglich ist.

Was die Sozialisierungsfrage anbelangt, so ist es selbstverständlich, daß es die Aufgabe einer überwiegend sozialistischen Regierung sein muß, zu beruhen, auf dem Wege zum Sozialismus sichtbare Fortschritte zu erzielen. Nun kann man aus Sachsen allerdings keine sozialistische Insel machen und unter Leitung der sich leinereit gegen die Neutraditionalen Sozialisierungspläne ganz entschieden gewandt. Aber damit ist nicht gesagt, daß nichts geschehen kann. Es scheint uns zum Beispiel nicht ausgeschlossen, auch in einem kleinen Staate wie Sachsen durch staatliche Maßnahmen eine rationellere Organisation der Industrie herbeizuführen. Ebenso wäre es vielleicht möglich, in großräumiger Weise durch Zusammenfluß der landwirtschaftlichen Erzeuger behufs Errichtung von Perwoerungsanstalten gemeinsamer Beschaffung landwirtschaftlicher Maschinen und den Ertrag untes Bodens zu steigern. Genau handelt es sich auch hier um Fragen, die nicht im Sonderdrehen zu lösen sind, aber wir müssen von einer sozialistischen Regierung verlangen, daß sie derartige Probleme eingehend prüft. So weit und bekannt geworden, ist in dieser Beziehung in Sachsen nichts oder wenigstens nicht sehr viel geschehen.

Möge es der neuen sächsischen Regierung gelingen, die berechtigten Wünsche unserer Parteigenossen in möglichst weitem Umfange zu erfüllen.

Montag den 3. Mai 1920

Treschner Volkszeitung

An die Parteimitglieder und Parteifreunde!

Der am 6. Juni stattfindende Wahl des ersten Wahlganges der deutschen Republik wird ein Kampf vorausgehen, wie er an Schärfe und Umfassung kaum dagewesen ist. Die reaktionären Parteien...

Stärkt den Volkstempel der Partei! Fördert den Sieg des sozialistischen Gedankens! Sorgt, daß die nahe Zukunft dem Sozialismus gehört!

Erweiterung der Konferenz in Spa?

Sera, 3. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Die französischen Zeitungen berichten, daß man auf französischer Seite eifrig an der Arbeit sei, ein Programm aller jener Fragen aufzustellen, die auf der Konferenz von Spa zur Sprache kommen sollen.

Drei Fragen an Deutschland Wie der Londoner Korrespondent des Temps mitteilt, hat sich eine Persönlichkeit aus der unmittelbaren Umgebung von Lloyd George verifiziert, der deutsche Kanzler müsse in Spa die folgenden drei Fragen beantworten:

Korriere bella Sera meldet aus Rom, es verlautet, daß Ritti wahrscheinlich an der Konferenz in Spa am 23. Mai teilnehmen werde. Am 23. Mai werde er in Wien erwartet.

Kabinettsbildung in Dänemark

Kopenhagen, 2. Mai. In einer Konferenz mit Parteiführern hat der König gekrönt Christianen und Bergard aufgefordert, ein Ministerium der Linken zu bilden.

Der Streit in Elsass-Lothringen

Die ersten nach dem Generalstreik in Elsass-Lothringen erschienenen Blätter bezeichnen den Streit als erfolgreich. Die Republik hebt hervor, daß die Haltung der Streikenden in ganz Elsass-Lothringen äußerst würdig war und ihre Ende dadurch nur gewonnen habe.

Die in Paris geführten Verhandlungen zeigten folgendes Ergebnis: 24 Frank Durchschnittslohn für Bergarbeiter, Aufstellung eines neuen Tarifs für Metallarbeiter, Schiedsgericht für Entlassungen. In den nächsten acht Tagen wird der Arbeitsminister nach Elsass-Lothringen kommen zur Vornahme von Untersuchungen.

Die Humanität über Elsass-Lothringen

Die Humanität sagt über den Streit in Elsass-Lothringen: Wenn sie am 2. August 1914 aufgefordert habe, die Waffen zur Wiederveroberung dieser Provinzen zu ergreifen, so ergäbe sich das auch aus der Haltung der französischen Regierung und des Parlaments.

Die französische Auslandsbewegung

Paris, 2. Mai. Vom Eisenbahnerstreik merkte man die nächsten Abend sehr wenig. Anschließend sind durchschnittlich nur acht Prozent der Eisenbahner ausfindig, in Paris von 40.000 Angehörigen...

Paris, 2. Mai. Auf den Linien der Nord- und Ostbahn sowie auf der Südbahn ist der Dienst normal. Auf der Westbahn sind heute zahlende Güter abgelassen worden.

Paris, 20. April. Trotzdem die Kammer gestern das Gesetz angenommen hat, durch das den Arbeitern in den Schieferbrüchen die gleiche Verrentungsbehandlung wie den Bergarbeitern zugesprochen wird, haben die Bergarbeiter, die sich mit den Arbeitern in drei Schieferbrüchen solidarisch erklärten, beschlossen, nach dem 1. Mai den Streik fortzusetzen.

Wiederbeginn der Völkervereinigung

Wien, 3. Mai. Aus Paris wird gemeldet, daß sich die Völkervereinigung am 1. Mai unter Vorsitz Jules Cambons veranlaßt habe. Sie hat den Donnerstag als den Tag festgelegt, da der ungarischen Abordnung die Antwort der Alliierten übergeben werden soll.

Die Ansiedlung der Brigade Ehrhardt

Am 1. Mai fand im Militärlager eine Besprechung des Hauptmanns Schmalz mit dem Führer der Marinebrigade Korvettenkapitän Ehrhardt statt. Schmalz trug seinen Plan vor, die Leute der Marinebrigade in Ost- und Westpreußen nach dem Führer von Wehr zu ansiedeln.

Verhüllte Ziele

Die Deutschnationale Volkspartei hat einen Volksaufbruch veranschaulicht. Der Volksaufbruch beginnt damit, daß er zunächst einmal die alten Pläne aufwirft, mit denen die Herren von der Deutschnationalen Volkspartei schon seit Monaten freibien geben.

Der Auszug nach rechts

In den bürgerlichen Parteien gärt es. Aus der Deutschnationalen Partei sind vor einigen Tagen die Herren v. Kardorff, Demitz und Wrensdorf ausgeschieden, weil sie die extrem rechtsradikale Politik dieser Partei nicht mehr mitmachen wollten.

In dem Antwortschreiben der Deutschen Volkspartei wird gesagt, daß die Partei die Erhaltung und Stärkung der bürgerlichen Initiative im Wirtschaftslieben für eine unerlässliche Voraussetzung für den Aufbau unserer Wirtschaft hält.

Das Verhalten des Zentrums und der Demokraten im Revolutionsjahr dürfte aber nicht nur darauf zurückzuführen sein, daß man die Revolutionspolitik für unumgänglich notwendig hält, um in Deutschland erträgliche Zustände zu schaffen.

Die Flucht aus der Demokratischen Partei Berlin, 3. Mai. Zum Austritt der Herren Biemer und Wugdan zur Deutschen Volkspartei teilt die demokratische Parteiführung folgende Mitteilungen mit: Es handelt sich um die engeren Kreise, die sich im Berliner Parteileben um die Herren Wugdan und Biemer gruppieren.

Die so beliebte Verleumdung wiederholt, daß die Regierung an die Schmachtrien von Versailles und dem Verlust der Danzabank gebunden sei. Die Deutschnationalen haben dem ferner die Forderung, daß die Regierung den Reichstag am 18. März durch die Verabschiedung des Generalstreiks verabschiedet und durch die Verabschiedung des Generalstreiks verabschiedet...

Der Aufruf enthält dann nur allgemeine Redensarten. Es werden selbstverständlich Dinge gefordert, wie z. B. eine feste, würdige äußere Politik, Wiederbelebung der Arbeit, geordnete Finanzen, alles schöne Wünsche, die auch in einem sozialdemokratischen Programm enthalten sein können.

Deutsches Reich

Das Urteil im Miller-Prozess

Im letzten Verlaufe der Verhandlung gegen den Oberleutnant Miller sagte der Anwalt Dr. Müller aus, daß Miller ihn nahegelegt habe, den Vorfall mit Helmholz so darzustellen, daß ihm, dem Oberleutnant, nichts geschehen könne.

Das Obergerichtsurteil fällt folgendes Urteil: Der Angeklagte habe sich bei Ausübung des Dienstes gegen den Untergebenen Beschimpfungen und schwere Körperverletzung mit Todesfolge zu Schulden kommen lassen. Strafmaß wurde die dreimonatige Gefängnisstrafe des Angeklagten in Straftat, strafschwerend die offenbar starke Reizung zu Gewalttätigkeiten gegen Untergebene.

Die Flucht aus der Demokratischen Partei

Berlin, 3. Mai. Zum Austritt der Herren Biemer und Wugdan zur Deutschen Volkspartei teilt die demokratische Parteiführung folgende Mitteilungen mit: Es handelt sich um die engeren Kreise, die sich im Berliner Parteileben um die Herren Wugdan und Biemer gruppieren.

Abklüftung im Zentrum

Berlin, 3. Mai. Eine christliche Partei im Rheinland ist nach dem Wuthe des bayerischen Volkspartei gegründet worden. Die bayerische Volkspartei hat sich im Rheinland im Namen der christlichen Volkspartei in einer Versammlung in Köln getroffen.

Die Humanität sagt über den Streit in Elsass-Lothringen: Wenn sie am 2. August 1914 aufgefordert habe, die Waffen zur Wiederveroberung dieser Provinzen zu ergreifen, so ergäbe sich das auch aus der Haltung der französischen Regierung und des Parlaments.

Die Humanität sagt über den Streit in Elsass-Lothringen: Wenn sie am 2. August 1914 aufgefordert habe, die Waffen zur Wiederveroberung dieser Provinzen zu ergreifen, so ergäbe sich das auch aus der Haltung der französischen Regierung und des Parlaments.

Diese am 23. April in aller Zelle vollzogene Beerdigung sehen nur hierdurch bekannt...

Herr Bruno Bospfahl. Wie verlieren in dem Dabuschloß einen ersten, allseitig bedachten, prächtigen Aussehen...

Frau Anna Ellaboth verw. Danath geb. Mehlig. Ich habe die Frau eines so edlen Mannes verloren...

Kartonnagen-Heimarbeiterinnen auf Placetteplatz 10/11 für jetzt gelöst.

F. Lezak, Stifftsstraße 7. Fahrräder, neu, gebrauchte, repariert...

Kinderwagen. Gute, leichte, robuste Kinderwagen...

Herrn-Güter. Gute, leichte, robuste Herren-Güter...

Anzug-Stoff. Gute, leichte, robuste Anzug-Stoffe...

Fahrrad-Schläuche. Gute, leichte, robuste Fahrrad-Schläuche...

Reiche Auswahl in Backfisch-Hüten. Gute, leichte, robuste Backfisch-Hüte...

Kinder- u. Sport-Hüten. Gute, leichte, robuste Kinder- u. Sport-Hüte...

Linonformen zum Selbstbenutzen. Gute, leichte, robuste Linonformen...

Radeberger Hutfabrik. Gute, leichte, robuste Radeberger Hüte...

Trockenes Kiefernholz. Gute, leichte, robuste Kiefernholz...

Trauringe. Gute, leichte, robuste Trauringe...

Klotzsche, Hellerau. Gute, leichte, robuste Klotzsche, Hellerau...

Für Kranke. Gute, leichte, robuste Für Kranke...

Banana-Mahl. Gute, leichte, robuste Banana-Mahl...

Seiferts. Gute, leichte, robuste Seiferts...

Wir empfehlen. Gute, leichte, robuste Wir empfehlen...

Geldrevolution und Arbeitslohn. Gute, leichte, robuste Geldrevolution und Arbeitslohn...

Wir empfehlen. Gute, leichte, robuste Wir empfehlen...

6. P. D., Gruppe Löbtau-Naußlitz. Volks-Versammlung

Die politische Lage und die bevorstehende Reichstagswahl.

Referent: Volkshammermitglied Genosse Grenz, Leipzig.

Deutscher Holzarbeiterverband, Mitglieder-Versammlung

1. Bericht vom außerordentlichen Verbandstag.

Halbtagspartie nach Borsberg und Weigmühle

Sozialdemokr. Verein Klobitz. 2. Frauen-Diskussionsabend

Angehörige der tschechoslowakischen Republik

Oeffentl. Versammlung

Die Fürsorge für die Kriegsopter in der tschechoslowakischen Republik

Flora-Theater

Mutter-Spritzen usw.

Gummiwaren

Umnählfüse

Paradiesgarten

Grosse Wirtschaft

Ball-Anzeiger

Geld-Lotterie

Roten Kreuz

Achtung! Kautabak!

Billiger Zwirn

Möbel

M.S. Lichtspiele, Moritzstr. 10

Ein außergewöhnliches Programm!

Das Lieserl vom Schliersee

Tanz-Vorführungen

8 jährigen Editha Ott

Kasseneröffnung 3 1/2 Uhr, Anfang 4 Uhr.

PALAST-THEATER Licht-Spiele Dresden-N. Alaunstrasse 28. Morel, der Meister der Kette

Vaterland LICHTSPIELE

Todesurteil

Spannung u. Sensation von Akt zu Akt!

Wobsa, Vereinszimmer frei!

Kaffeehaus Blesch

Rohprodukten-Handlung

Gummiwaren

Umnählfüse

Paradiesgarten

Grosse Wirtschaft

Ball-Anzeiger

Geld-Lotterie

Roten Kreuz

Achtung! Kautabak!

Billiger Zwirn

Möbel

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.

Die gewaltige Maidemonstration der Mehrheitssozialdemokratie im Bezirk Dresden war der erste Auftakt für den 6. Juni. Cure Kandidatenliste trägt die Slogans Wilhelm Buca, Dresden, Richard Schmidt, Meissen, Frau Ernestine Luze, Dresden.

Das neue Reichseinkommensteuergesetz

Das neue Einkommensteuergesetz liegt nunmehr im Druck vor. Steuerpflichtig ist jeder Deutsche, sobald er sich länger als zwei Jahre dauernd im Ausland aufhält, eine im Inland einen Wohnsitz zu haben. Nichtdeutsche sind steuerpflichtig, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz haben oder sich länger als sechs Monate hier aufhalten. Der Steuerpflicht unterliegt das gesamte in Geld oder Geldwert bestehende Einkommen, nach Abzug der zulässigen Abzüge.

Zum steuerbaren Einkommen gehören Einkünfte aus Grundbesitz, aus Gewerbebetrieb, aus Kapitalvermögen und aus Arbeit sowie sonstige Einnahmen, ohne Rücksicht, ob es sich um einmalige oder wiederkehrende Einkünfte handelt. Zu dem Einkommen aus Grundbesitz gehört auch der Wert der Nutzung einer Wohnung im eigenen Hause oder einer dem Steuerpflichtigen ganz oder zum Teil unentgeltlich überlassenen Wohnung, einschließlich der zugehörigen sonstigen Räume, Gärten und Parkanlagen.

Zum Einkommen aus Arbeit gehören außer dem Arbeitslohn auch die Einnahmen aus einmaliger oder dauernder Tätigkeit jeder Art, insbesondere Vergütungen für Vermögensverwaltung, Lantien und andre Vergütungen, die den Mitgliedern der Verwaltung und des Aufsichtsrats von Aktiengesellschaften, Genossenschaften usw. zugehen. Auch Vorzugsrenten und ähnliche außerordentliche Einnahmen gehören zum Einkommen. Als steuerbares Einkommen gelten nicht Kapitalerträge auf Grund von Lebens-, Unfall- und sonstigen Kapitalversicherungen.

Die auf Grund der Militärpensions- und Versorgungs-gesetze gewährten Versäumnis-, Kriegs-, Luftdienst-, Alters- und Tropenzulagen sowie die Pensions- und Renten-erhöhungen gehören nicht zum steuerbaren Einkommen. Auch die sonstigen Militärversorgungszulagen soweit sie mit den Zulagen 2000 M. nicht übersteigen, sind nicht steuerpflichtig.

Ebenso sind die Naturalbezüge der Reichswehr und Reichsmarine nicht steuerpflichtig. Auch das Frankengeld ist nicht mehr steuerpflichtig. Vom Gesamteinkommen kann in Abzug gebracht werden: notwendige Ausgaben, die dem Steuerpflichtigen durch die Einkommensteuer entstehen. Arbeitsstätten ermäßigen sich - Mehraufwendungen für den Haushalt, die durch die Erwerbstätigkeit der Ehefrau notwendig geworden sind - Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherungen, Miethaus-, Renten- und Pensionskassen für den Steuerpflichtigen und seine nicht selbständig veranlagten Hausangehörigen - Beiträge zu Sterbefällen bis zu jährlich 100 M. - Lebensversicherungsprämie für den Steuerpflichtigen und seine nicht selbständig veranlagten Hausangehörigen bis zu 600 M. - Verbands- und Parteibeiträge, soweit sie nicht 10 Proz. des Einkommens übersteigen - Schuldenzinsen.

Bei der Veranlagung wird das Einkommen der Ehegatten zusammengefasst. Auch das Einkommen der im Haushalt lebenden minderjährigen Kinder, mit Ausnahme des Arbeitslohns, wird dem Steuerpflichtigen hinzugerechnet. Bei der Berechnung der Einkommensteuer wird das steuerbare Einkommen auf volle Hunderte nach unten abgerundet. Steuerpflichtig ist nur der Betrag von 1500 M. übersteigende Teil des Einkommens. Einkommen bis zu 1500 M. sind demnach steuerfrei. Für jedes zum Haushalt gehörende Familienmitglied können außerdem 500 M. abgezogen werden. Hierzu gehören Frau, Kinder, Stief-, Schwieger-, Adoptiv- und Pflegekinder sowie deren Abkömmlinge.

Diese 500 M. können auch für jede weitere Person, deren Unterhalt der Steuerpflichtige zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht bestreitet, abgezogen werden, jedoch nicht mehr, als tatsächlich Unterhalt gezahlt wird. Die abzugsfähigen 500 M. erhöhen sich bei Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 10000 M. für die zweite und jede weitere Person, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, auf 700 M.

Der Abzug dieser 500 bzw. 700 M. ist jedoch nur zulässig, wenn das steuerbare Einkommen der Person, für die der Abzug eintreten soll, hinter dem hinzuzurechnenden Höchstbetrag zurückbleibt. Das steuerpflichtige Einkommen dieses Familienangehörigen muß also unter 1000 bzw. 1200 M. sein, wenn der Haushaltsvorstand die 500 bzw. 700 M. abziehen will. Während bei dem Haushaltsvorstand 1500 M. steuerfrei sind, beträgt der steuerfreie Teil bei Steuerpflichtigen, die zur Haushaltführung eines anderen Steuerpflichtigen gehören, nur 500 M.

Die Einkommensteuer beträgt für die ersten angefangenen oder voll- 100 M. des steuerpflichtigen Einkommens zehn Prozent, für die nächsten angefangenen oder vollen 1000 M. elf Prozent und so weiter für jedes weitere angefangene oder volle Tausend um ein Prozent steigend. Mit nun 2. ein Steuerpflichtiger einen Verdienst von jährlich 10000 M. und blieb nach Abrechnung aller gesetzlichen Abzüge ein steuerbares Einkommen von 7500 M., so würde sich der Steuerbetrag wie folgt berechnen:

Table with 2 columns: Amount (Dom.) and Percentage (Proz.). Rows show 1000 M. at 10%, 2000 M. at 11%, 3000 M. at 12%, 4000 M. at 13%, 5000 M. at 14%, 6000 M. at 15%, 7000 M. at 16%, and 5000 M. at 17%.

Es sind demnach zu zahlen . . . 905 M.

Die überschüssigen 905 M. des Einkommens kommen in Wegfall, da das steuerfreie Einkommen auf volle Hunderte nach unten abgerundet wird. Bei der Veranlagung können besondere wirtschaftliche Verhältnisse, wie außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt der Kinder, Krankheit, Verschuldung, Unfälle oder durch besondere Aufwendungen im Haushalt infolge einer Erwerbslosigkeit der Frau, berücksichtigt werden. In bestimmten Fällen können die Steuern bei einem Einkommen bis 10000 M. ganz erlassen bei Einkommen bis zu 20000 M.

Wart bis zur Hälfte und bei einem Einkommen bis zu 80000 M. darf um höchstens ein Viertel ermäßigt werden.

Die Veranlagung erfolgt für ein Rechnungsjahr (vom 1. April bis 31. März) nach dem steuerpflichtigen Einkommen von dem unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember).

Wer über 8000 M. steuerbares Einkommen hat, ist zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung verpflichtet. Die Steuer ist in vier Raten, im Mai, August, November und Februar jeden Jahres zu entrichten.

Der Arbeitgeber hat nach näherer Anordnung des Reichsfinanzministers (die bisher noch nicht ergangen ist) zehn Prozent des Arbeitslohns einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzulassen und zu entwerfen. Der Arbeitgeber muß sich vor Beginn jedes Kalenderjahres von der Gemeindebehörde eine Steuerkarte ausstellen lassen und diese Karte dem Arbeitgeber vorlegen.

Die erstmalige Veranlagung erfolgt für das Rechnungsjahr 1920 nach dem Jahreseinkommen im Kalenderjahr 1920. Die Veranlagung erfolgt nach Ablauf des Kalenderjahres 1921.

Bis zur ersten Veranlagung auf Grund dieses Gesetzes ist vorläufig die Einkommensteuer zu entrichten, die sich nach der neuen Berechnung auf Grund des letzten festgestellten Einkommens ergibt.

Der Ausgleich erfolgt dann bei der neuen Veranlagung.

Kommunalfizierung des Schuhmacherhandwerks

Ein Schuhmachermeister sendet uns zu dieser Frage eine beachtungswürdige Aufschrift, in der gemäßigt festgehalten wird, daß an den neuen Schuhverordnungen besonders der Preisstand mit Bezug auf die Kaufkraft des Verbrauchers und die soziale Lage der Arbeiter in der Schuhindustrie eine besondere Berücksichtigung verdienen. Die neue Verordnung führt zu einem großen Preisrückgang, der die soziale Lage der Arbeiter in der Schuhindustrie in der Weise verschlechtert, daß sie nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu decken. Die neue Verordnung führt zu einem großen Preisrückgang, der die soziale Lage der Arbeiter in der Schuhindustrie in der Weise verschlechtert, daß sie nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu decken.

Der Preisrückgang führt zu einem großen Preisrückgang, der die soziale Lage der Arbeiter in der Schuhindustrie in der Weise verschlechtert, daß sie nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu decken. Die neue Verordnung führt zu einem großen Preisrückgang, der die soziale Lage der Arbeiter in der Schuhindustrie in der Weise verschlechtert, daß sie nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu decken.

Die neue Verordnung führt zu einem großen Preisrückgang, der die soziale Lage der Arbeiter in der Schuhindustrie in der Weise verschlechtert, daß sie nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu decken. Die neue Verordnung führt zu einem großen Preisrückgang, der die soziale Lage der Arbeiter in der Schuhindustrie in der Weise verschlechtert, daß sie nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen Lebensbedürfnisse zu decken.

Verbandsstag der Holzarbeiter

Nachdem sich der Verbandstag Montag nachmittags und auch Dienstag vormittags zwei Stunden in geschlossener Sitzung mit dem Punkt Lohnbewegung beschäftigt hatte, fand das Ergebnis der Verhandlungen in der Annahme eines Antrags des Vorstandes seinen Niederschlag, wonach der Verband an einer generellen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen teilnimmt und ebenso auch an der Regelung der Verbringungsfrage. Einmütige Zustimmung fand auch folgende Resolution:

Der Verbandstag protestiert entschieden gegen die Verbandsratsentscheidung des Reichsverbandes der Holzarbeiter, die dieser seit 1016 besteht. Die bisherige Geselligkeit des Schuhverbands, zu den generellen Verhandlungen mit einer 9. Bundeseinheitskonferenz zu erklären, kann nicht zu einer befriedigenden gegenständlichen Verhandlung führen. Der Verbandstag stellt es deshalb der Verhandlungskommission unter Vorbehalt anheim, bei künftigen Verhandlungen die nötigen Koncessionen zu ziehen. Ein Antrag, den Entwurf der Reichsregierung über eine Schlichtungsordnung in der Holzarbeiter-Zahlung zu unterstützen und abzulehnen, wurde angenommen, ebenso ein Antrag, bei Neuauflösungen von Tarifverträgen dahin zu wirken, daß die Holzarbeiter in den Tarifverträgen die gleichen Vorteile wie in den Tarifverträgen erhalten. Einige andre Anträge, die mehr Berücksichtigung einzelner Branchen wünschenswert, wurden dem Vorstand überwiesen. Anträge aus Kassel, Regensburg, Reutlingen und Stuttgart, die eine grundsätzliche Herabsetzung der Lohnpolitik des Verbandes in tabulischem Sinne begründeten, wurden abgelehnt. Die Organisationsfrage des Vorstandes wurde gestern durch Stimmzettel vorgenommen. Es erhielten Laxmann als erster Vorsteher 112, Schlichter, Stuttgart, neben Schreiner als Stellvertreter 112 und Rahn als Sekretär 112.

Stimmen. 38 Delegierte hatten sich der Stimme enthalten, 8 waren ungenügend. Mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß sich so viele Kollegen der Stimme enthalten, ohne aber auch andere Beschlüsse zu machen, erklärte Laxmann gleichzeitig im Namen seiner mitgewählten Kollegen, daß sie die Wahl annehmen und die Arbeit zum Besten des Verbandes tun werden.

Darauf wurde ein Vortrag der Statutenberatungskommission zur Regelung der Gehälter der Verbandsoffiziere und ihrer Diäten beraten und angenommen. Das Grundgehalt beträgt je nach der Klasse 1975 bis 1510 M. für Gewerkschafter, leitende Lokalbeamte und Vorsteher 1180 bis 1090 M., für Vorstandsmitglieder und Redakteure 1910 M. pro Monat. Einmalige Gehaltszuschüsse erhalten außerdem nach jedem zurückgelegten Dienstjahr eine monatliche Zulage von 40 M., bis nach drei Jahren das Doppelgehalt erreicht ist. Die Veranlagung der erhöhten Gehälter geschieht vom 1. Februar d. J. an. Die Listen werden für Verhandlungen und Kongresse auf 40 M. pro Tag und 10 M. pro Nacht außer Berücksichtigung für eingegangenen Arbeitsbesuch, für Gewerkschafter und Stellvertreter auf 50 M. pro Tag und 10 M. für die Nacht festgesetzt.

Nach einem die geleistete Arbeit würdigenden Schlußwort Laxmanns wurde der Verbandstag geschlossen.

Verbandsstag der Schuhmacher

Dienstag wurden auf Grund der vorliegenden Anträge nachfolgende Beschlüsse gefaßt. Gegen 38 Stimmen wurde ein Antrag Leipzig angenommen, der die Forderung der Reduktion und der Leistung während der Kriegszeit billigt. Einmütig angenommen wurde der Antrag, daß auch in der Zukunft der Verband im Sinne des Klassenkampfes geleitet wird. Weiter wurde beschlossen, daß die Delegierten zum Gewerkschaftskongress sich zur Wahl stellen müssen, während der Verbandsvorstände und der Redakteure, ohne sich zur Wahl zu stellen, daran teilnehmen sollen. Ein Antrag auf Zusammenziehung zu einem Revierarbeiter-Industrieverband wurde dem Vorstand überwiesen. Der Nürnberger Antrag, der die Reutlinger der Gewerkschaften betrifft, wurde durch die Debatte als erledigt betrachtet. Zu den verschiedenen Anträgen auf Erlassung einer Satzung für Frauen und Jugendlichen erklärte der Vorstand, daß dieses infolge der herrschenden Finanznot technisch nicht möglich sei. Doch soll den Frauen und Jugendlichen wie auch den Betriebsräten im Postamt selbst mehr Rechnung getragen werden.

Wittmann referierte Gültlermann, Nürnberg, über die Frankfurter Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Reichslohntarifs für die Schuhindustrie. Er sagte, daß infolge der über die Schuhindustrie durch den Preisrückgang auf dem Weltmarkt herbeigebrochenen Krise ein unaufrichtiger Stern über den Verhandlungen stand. Trotzdem sei es gelungen, die zahlreichen Beschlüssen der Verhandlungen der Arbeitnehmern gegenüber zu verhandeln und den heutigen Verhältnissen entsprechende Verbesserungen der Löhne herbeizuführen. Die Bestimmungen über Lohnnormen, Arbeitszeiten, Arbeits- und Ruhezeiten hielten bis heute. Neu aufgenommen wurden folgende Bestimmungen: An Bodenarbeiterinnen, mit Ausnahme von Maschinen- und zum Bedienen von Maschinenarbeitern an Hand- und Maschinenarbeiten weibliche Arbeiter nicht beschäftigt werden, mit Ausnahme der weiblichen Arbeiter an Maschinen, an denen nur männliche Arbeiter beschäftigt werden, nur dann beschäftigt werden, wenn sie den gleichen Lohn wie diese erhalten. Bezüglich eines Dresdener Antrages, der auch für das Schöngener eine Reichslohnkarte, für den bis jetzt nur örtliche und Bezirkstarife bestehen, verlangte, bemerkte der Vorstand, daß er dieses anstreben würde. Nach der Aussprache über den Reichslohnkarte wurde ein Bescheid gefaßt, der die Abschluß von Tarifverträgen dahin zu wirken, daß die geschicklichen Beschlüsse wie die Arbeitstage entlohnt werden.

Aus aller Welt

Ein Sanatorium gestohlen

Ein vorwegenes Gaunerstückchen wurde in einer Verhandlung vor der Waldenburger Strafkammer entrollt. Drei junge Leute hatten es fertig gebracht, das im Bau befindliche juristische Sanatorium in Bad Salzbrunn in seinen Einrichtungen nach und nach wieder - abzubauen. Dieses Gaunerstück vollführten sie völlig offenkundig am Tage. Nachdem der Bau des Sanatoriums im vorigen Jahre wegen Materialmangels eingestellt werden mußte, holten sich die finsternen Diebe alle wertvollen Einbauten nach und nach ab, führten sie mit Pferd und Wagen vor, brachen die Schienen, Träger, Röhren und Bleche im Werte von vielen Tausenden von Mark vor aller Leute Augen heraus und führten sie mit ihnen auf und davon, um dann die Materialreste zu verkaufen. Auf diese Weise eigneten sie sich Werte im Betrage von rund 50000 M. an.

Ein ungarisches Urteil

Der ehemalige Angehörige des Kaiserordens und Professor Oskar Haber wurde zu vier Jahren schweren Gefängnis wegen Aufwiegelung verurteilt. Unter der Rätefiktur war er Kirchenkommissar.

Goldfund

Im Okerfeld unweit Goslar fanden nach der Entdeckung eines Goldes die Arbeiter beträchtliche Mengen Goldes in Form von schuppenartigen Blättchen in Hornblende eingeprengt. Die Untersuchung der Erde ergab 10 bis 15 Proz. Gold.

Verurteilte Saardeutsche

Bei dem dienstlichen Besuch des Vorsitzenden der deutschen Grenzschutzkommission im das Grenzgebiet Obersteiermark, Kärnten, und seiner Penitentien in Preußen kam es dort zu Rundreden der Einwohnerschaft. Bei der Gründung der Reichsausschüsse durch den Reichstag sollen die Preußen Hoch, Ehrlich und Schiller Widerstand geleistet haben. Das Reichsgericht der marokkanischen Expedition in Marokko verurteilte diese jetzt zu einem Jahr Gefängnis und 60 M. Geldstrafe.

Antifemistische Prügelstein

Antifemistische Kampfbanner gegen die politischen Juden, die während des Krieges herbeigeführt waren oder werden sollten, haben in Wien Eingang gefunden. Studenten, die von einer Versammlung vor dem Rathaus zur Unterstützung sogen. militärischen Kampfbanner, die sie für Juden bildeten. In der Universität kam es zu großen Schlägereien zwischen Juden und Christen.

Briefkasten

R. S. Ein angemessenes Standgeld kann der Mann fordern. Der von Ihnen geleitete Kreis erheben Sie mir. Sie werden die Gegenstände, auch wenn noch Standgeld darauf geschlagen werden mag, nach dem Wert der Sachen bezahlen.

R. S. Sie müssen sich wegen einer belandeten Stelle an einer Auslandsreise an das Auswärtige Amt in Berlin wenden. Es kommen sowohl abendliche wie morgendliche Besuche in Betracht, doch ist der Besuch an nachmittags für die Auslandsreisen nur noch sehr gering.

R. S. Die Verfassung eines Änderungsantrags auf einem Arbeitsfeld kann nicht verweigert werden. Gegen das Verbot müssen Sie sich an das entsprechende Amt wenden.

